

Globale Zensur? EuGH-Urteil sorgt für Aufregung in Österreich!

Erfahren Sie, was heute um 7:30 Uhr bei *exxpress live!* besprochen wird. Eva Schütz und Ralph Schöllhammer diskutieren aktuelle Themen.

Österreich - Am Donnerstag, dem 19. Dezember 2024, wird in der österreichischen Medienszene und der Rechtsprechung ein bedeutendes Kapitel aufgeschlagen. In der am Morgen gestarteten Sendung *exxpress live!*, moderiert von Volker Piesczek, diskutieren die Gäste, darunter Politikwissenschaftler Ralph Schöllhammer und Herausgeberin Eva Schütz, über brisante Themen wie die Luxus-Pensionen für ORF-Stars und einen aktuellen Bank-Skandal rund um einen FPÖ-Berater, dessen Konto überraschend gekündigt wurde.

Ein aufsehenerregendes Thema ist das Urteil des Europäischen Gerichtshofs, das die Freiheit der Meinungsäußerung erheblich einschränken könnte. Wie **Slate** berichtete, entschied der Gerichtshof, dass ein einzelnes EU-Land, in diesem Fall Österreich, von Plattformen wie Facebook verlangen kann, bestimmte Beiträge global zu entfernen und vergleichbare Inhalte zu überwachen. Dies könnte weitreichende Folgen für die Online-Kommunikation und öffentliche Debatten haben, da dies die Möglichkeit eröffnet, dass ein einzelnes Land als weltweiter Zensor auftritt und die Regeln für die Meinungsäußerung setzt, unabhängig von der Herkunft oder dem Standort der Nutzer.

Detaillierte Analyse der Online-Zensur

Der Fall geht auf einen Facebook-Beitrag von 2016 zurück, in

dem ein Nutzer Eva Glawischnig-Piesczek, die damalige Vorsitzende der Grünen in Österreich, beleidigte. Nach einem österreichischen Gerichtsbeschluss wurde dieser Beitrag entfernt, jedoch nur für Nutzer in Österreich, was Glawischnig-Piesczek nicht genügte. Sie forderte eine vollständige Löschung ähnlicher Inhalte, ohne geografische Einschränkung. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs unterstützt nun diese Forderung und könnte einen gefährlichen Präzedenzfall für die internationale Meinungsäußerung schaffen. Kritiker warnen, dass dies zu einer allgemeinen Überwachung durch soziale Medien führen könnte, die die Grenzen der Meinungsfreiheit gefährdet.

Die rechtlichen Folgen sind noch nicht final geklärt, da der Fall nun zurück zu den österreichischen Gerichten führt, die über den spezifischen Umfang der angeordneten Maßnahmen entscheiden müssen. Das Urteil zeigt jedoch bereits jetzt die besorgniserregende Tendenz, die durch die Rechtsprechung ermöglicht wird, wie **exxpress.at** analysiert. Es bleibt abzuwarten, wie die nationalen Gerichte mit dem Urteil umgehen und welche Standards in Bezug auf die Überwachung und Löschung von Inhalten festgelegt werden. In einer Zeit, in der die digitale Kommunikation immer bedeutender wird, ist es von entscheidender Wichtigkeit, ein Gleichgewicht zwischen Schutz der Privatsphäre und der Wahrung der Meinungsfreiheit zu finden.

Details	
Vorfall	Skandal
Ort	Österreich
Quellen	• exxpress.at • slate.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at